

# Von der deutschen Einheit zur europäischen Einigung? Liberaler Konzeptionen nach 1945

## 1. Einleitung

„Die deutsche Einheitsidee ist im freiheitlichen Bürgertum unseres Volkes gewachsen; und sie war mit ihm und seinen Bestrebungen von Anbeginn verbunden. Das ist, glaube ich, ein Leitmotiv, das wir in die öffentliche Erörterung tragen müssten. Die anderen Strömungen der deutschen Politik waren doch immer mehr oder weniger von partikularen Bewahrungsbedürfnissen geformt, vom Geist der Absonderung, der in unserem Lande bis in unsere Tage die Pflege der engen Horizonte betreibt. Wir werden auch weiter wie die Urväter unserer freiheitlichen Geisteshaltung die Vorkämpfer dieser deutschen Einheit sein.“<sup>1</sup>

Mit diesen Worten umriss der stellvertretende Bundesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei (FDP) und Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Hermann Schäfer auf dem außerordentlichen Lübecker Bundesparteitag im Juni 1953 das Selbstverständnis seiner Partei, die sich unter Rückgriff auf die Forderung der Liberalen nach einem deutschen Nationalstaat im 19. Jahrhundert als „Gralshüter“ der Einheitsidee verstand. Die deutsche Teilung, die sich im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg entwickelte, war den Liberalen daher ein großer Dorn im Auge. Ihre Überwindung, das wichtigste Ziel des politischen Liberalismus nach 1945, konnte allerdings nicht isoliert betrieben werden, sondern nur im internationalen Umfeld. Dabei mussten vor allem die Interessen der Supermächte USA und Sowjetunion berücksichtigt werden, welche die 1949 gegründeten beiden deutschen Staaten im Kontext des Kalten Krieges zunehmend enger in ihr jeweiliges Lager einbezogen. Dazu gehörte auch der Aufbau entsprechender europäischer Organisationen, unter anderem mit dem Zweck, (West-)Europa wirtschaftlich wieder auf eigene Füße zu stellen und es auf diese Weise gegen den kommunistischen Einfluss zu immunisieren.<sup>2</sup> Einige Liberale engagierten sich

1 Hermann Schäfer: Nationale Einheit – Europäische Einigung – Frieden in Freiheit. Rede auf dem FDP-Bundesparteitag in Lübeck am 26./27.6.1953, Archiv des Liberalismus (ADL), FDP-Bundesparteitage, A1–53, S. 55–67, hier S. 55 f.

2 Zu den Antriebskräften bei der europäischen Einigung siehe Wilfried Loth: Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte. Frankfurt am Main 2014, S. 9–15.

ganz konkret für die beginnende europäische Zusammenarbeit.<sup>3</sup> Darüber hinaus standen die Liberalen vor der Herausforderung, die Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit für die deutsche Teilung abzuschätzen.<sup>4</sup>

Im Folgenden soll daher die Frage beleuchtet werden, wie das Verhältnis von deutscher Einheit und europäischer Einigung bei den Liberalen gedacht wurde. Dabei wird die FDP, die den politisch organisierten Liberalismus in der Bundesrepublik repräsentierte, im Zentrum stehen. Gab es in ihren Debatten und Stellungnahmen zum Verhältnis von deutscher Einheit und europäischer Einigung Rückbezüge auf die Geschichte des Liberalismus, insbesondere im Kaiserreich? Wie wandelten sich die Vorstellungen durch die Weiterentwicklung der europäischen Zusammenarbeit bzw. durch die Veränderungen der Deutschland- und Ostpolitik? Mit den Fragestellungen zielt der Aufsatz auf einen Zusammenhang, der in der bisherigen Literatur nur in Ansätzen analysiert wurde.<sup>5</sup> Diese widmet sich zumeist entweder den liberalen Konzepten in der Deutschlandpolitik, vor allem in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik.<sup>6</sup> Oder sie konzentriert sich auf die liberale Europapolitik, verstanden als Mitgestaltung der Politik von Europäischer Gemeinschaft (EG)/Europäischer Union (EU) in Brüssel.<sup>7</sup>

Wie sich die beiden Perspektiven auf eine deutsche Einheit und die europäische Einigung verbinden lassen, möchte ich im Folgenden anhand von vier Phasen ausloten, die mir für den Untersuchungsgegenstand zentral erscheinen. Die erste Phase umfasst die Gründung der ersten europäischen

- 3 Ein wichtiger Protagonist in diesem Zusammenhang war Wilhelm Heile, der jedoch in der FDP eher als Außenseiter galt und 1947 zur Deutschen Partei übertrat. Siehe Ludwig Luckemeyer: Wilhelm Heile 1881–1981. Föderativer liberaler Rebell in DDP und FDP und erster liberaler Vorkämpfer Europas in Deutschland. Wiesbaden 1981.
- 4 Zum Gesamtzusammenhang zwischen deutscher Teilung und europäischer Einigung siehe Henning Türk: *European Integration and the Temporary Division of Germany, 1945–1990*. In: Mathieu Seegers/Steven Van Hecke (Hrsg.): *Cambridge History of the European Union*. Cambridge 2022 (im Erscheinen); Kiran Klaus Patel: *Germany and European Integration since 1945*. In: Helmut Walser Smith (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Modern German History*. Oxford 2015, S. 775–795.
- 5 Der Problemzusammenhang wird u.a. aufgegriffen in der Studie von Christof Brauers: *Liberale Deutschlandpolitik 1949–1969. Positionen der F.D.P. zwischen nationaler und europäischer Orientierung*. Münster/Hamburg 1993.
- 6 Siehe u.a. Tim Geiger: *Frieden, Sicherheit und Einheitsstreben im Kalten Krieg. Zur Außen- und Deutschlandpolitik der FDP in den 1950/60er Jahren*. In: *Jahrbuch zur Liberalismusforschung* 31 (2019), S. 199–226; Sebastian Glatzeder: *Die Deutschlandpolitik der FDP in der Ära Adenauer. Konzeptionen in Entstehung und Praxis*. Baden-Baden 1980; Jörg Gabbe: *Parteien und Nation. Zur Rolle des Nationalbewußtseins für die politischen Grundorientierungen der Parteien in der Anfangsphase der Bundesrepublik*. Meisenheim am Glan 1976.
- 7 Peter Jeutter: *EWG – Kein Weg nach Europa. Die Haltung der Freien Demokratischen Partei zu den Römischen Verträgen 1957*. Bonn 1985; Mechthild Winking: *Liberale Außenpolitik zwischen Profilierung und Anpassung beispielhaft dargestellt an der Abstimmung der FDP zu den Römischen Verträgen 1957*. Münster 2004; Andreas Moring: *Liberale Europapolitik 1949–1989. Die Europapolitik der FDP zwischen 1949 und 1989*. Frankfurt am Main 2014.

Organisationen vom Ende der 1940er Jahre bis zur Erlangung der außenpolitischen Souveränität Westdeutschlands mit den Pariser Verträgen 1954/55. Die zweite Phase deckt den Wandel des Zusammenhangs von Wiedervereinigung und europäischer Integration seit der „Relance européenne“<sup>8</sup> Mitte der 1950er Jahre bis 1962 ab. Der dritte Zeitabschnitt beinhaltet dann die Neukonzeption der Deutschland- und Ostpolitik und ihr Verhältnis zur europäischen Integration seit Mitte der 1960er Jahre. Abschließend erfolgt ein kurzer Ausblick auf den Weg zur Wiedervereinigung Ende der 1980er Jahre.

## 2. Wiedervereinigung durch eine Politik der Stärke: Die Liberalen und die Aufbauphase europäischer Organisationen, 1949 bis 1954

In der Gründungsphase der europäischen Gemeinschaften war eine Vereinigung der ehemaligen deutschen Staatsgebiete das zentrale Ziel liberaler Politik. Dabei entwickelten sich zwei unterschiedliche Ansätze: Der erste Ansatz betrachtete eine feste Einbindung der Bundesrepublik in die westlichen Bündnisstrukturen als Voraussetzung für eine starke Position in den erwarteten Verhandlungen über eine deutsche Einheit. Der zweite Ansatz stellte eine möglichst schnelle Vereinigung der ehemaligen deutschen Gebiete ins Zentrum und sah daher eine zu enge Einbindung in die westlichen Bündnisstrukturen skeptisch.

In den ersten Jahren der Bundesrepublik dominierte der westlich orientierte Ansatz bei den Liberalen. Die FDP, die gemeinsam mit der Christlich-Demokratischen Union/Christlich-Sozialen Union (CDU/CSU) und der Deutschen Partei (DP) seit September 1949 die erste Bundesregierung stellte, befand sich damit auf einer Linie mit dem Kurs von Bundeskanzler Konrad Adenauer. Dieser trieb die Westbindung voran, um die Souveränität des westdeutschen Staates schnell wiedererlangen und eine aus seiner Sicht gefährliche Neutralitätspolitik zwischen Ost und West verhindern zu können. Europapolitisch wichtige Etappen waren der Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat am 13. Juli 1950 – zunächst als assoziiertes Mitglied –, die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) am 18. April 1951 sowie die Unterzeichnung des letztlich gescheiterten Vertrags zur Gründung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) am 26./27. Mai 1952.

8 Damit ist die Wiedereingangssetzung der europäischen Integration nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 1954 gemeint. Die „Relance européenne“ mündete in die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) 1957.

In den Debatten der Liberalen über diese Verträge zeigte sich, dass die Apotheose des machtvollen Nationalstaats ausgedient hatte und durch eine europäische Zusammenarbeit überwunden werden sollte. August Martin Euler, der den nationalliberalen Flügel in der FDP repräsentierte, betonte etwa 1953 in einem Rechenschaftsbericht der FDP-Bundestagsfraktion:

„Die FDP ist der Überzeugung, daß es die große Aufgabe des europäischen Liberalismus im 20. Jahrhundert ist, die nationalstaatlichen Schranken zwischen den Völkern wegzuräumen, so wie es die große Aufgabe des europäischen Liberalismus im 19. Jahrhundert war, die Bildung der Nationalstaaten zu vollziehen.“<sup>9</sup>

Die Überwindung der nationalstaatlichen Schranken sollte zukünftig auch einen neuen weltpolitischen Einfluss Europas ermöglichen. Der 1888 geborene und bereits in der Weimarer Republik für die Deutsche Volkspartei (DVP) aktive Bundestagsabgeordnete Max Becker verwies in der Debatte über den Beitritt zum Europarat am 13. Juni 1950 auf den sogenannten Boxeraufstand von 1900.<sup>10</sup> Dort habe Europa gemeinsam gekämpft, und anschließend habe ein chinesischer Prinz als „Sühneprinz [...] nach Berlin kommen und Kotau machen“<sup>11</sup> müssen. Von einer solchen Weltstellung sei Europa weit entfernt.

Als Negativbild für den gegenwärtigen Zustand der Bedeutungslosigkeit Europas diene in den Äußerungen immer wieder der Balkan. Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Hermann Schäfer verwies im Bundestag auf die „fast balkanisch zersplitterte Abgrenzung und willkürliche Gemengelage“<sup>12</sup> in Europa. Die Überwindung der „nationalstaatliche[n] Anarchie“<sup>13</sup> und „balkanische[n] Zerrissenheit Europas“<sup>14</sup> sollte dann vor allem dem Kampf gegen die Sowjetunion und ihren expansiven Kommunismus dienen.

Dieser Antikommunismus war eine wesentliche Grundlage für die Unterstützung des außenpolitischen Kurses von Adenauer.<sup>15</sup> Wie der Bundeskanz-

9 August Martin Euler: Die Arbeit der FDP im Bundestag. In: Die Plattform 4 (1952), 3, S. 2, zitiert nach Jetter: EWG (wie Anm. 7), S. 81.

10 Zu Europabildern im Umfeld des Boxeraufstands siehe Christian Methfessel: Europa als Zivilisationsmacht. Kolonialkriege und imperialistische Interventionen in der deutschen und britischen Öffentlichkeit um 1900. In: Frank Bösch/Ariane Brill/Florian Greiner (Hrsg.): Europabilder im 20. Jahrhundert. Entstehung an der Peripherie. Göttingen 2012, S. 54–78.

11 Rede Max Beckers (FDP) am 13. Juni 1950, Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, 68. Sitzung, S. 2490. <https://dserver.bundestag.de/btp/01/01068.pdf> (17.2.2022).

12 Rede Hermann Schäfers (FDP) am 13. Juni 1950, Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, 68. Sitzung, S. 2479. <https://dserver.bundestag.de/btp/01/01068.pdf> (17.2.2022).

13 Rede Martin Eulers (FDP) am 11. Januar 1952, Deutscher Bundestag, 1. Wahlperiode, 184. Sitzung, S. 7811. <https://dserver.bundestag.de/btp/01/01184.pdf> (17.2.2022).

14 Ebd.

15 Zu Adenauers Antikommunismus siehe u.a. Corinna Franz: „Wir wählen die Freiheit!“ Antikommunistisches Denken und politisches Handeln Konrad Adenauers. In: Stefan Kreuz-

ler befürchteten viele Liberale eine sowjetische Expansion und begrüßten daher den Zusammenschluss der europäischen Länder als Bollwerk der Freiheit gegen die kommunistische Vormacht. Euler sprach etwa in der Debatte über die Ratifizierung des Vertrags zur Gründung der EGKS 1952 von der Sowjetunion als einer „satanischen Macht“<sup>16</sup>. Max Becker charakterisierte in einer Sitzung des Parteivorstands Europa als „Halbinsel Asiens“<sup>17</sup>, die ungeschützt der „Allmacht des Ostens“<sup>18</sup> ausgeliefert sei. Dieser könne man nur durch einen gemeinsamen Zusammenschluss zunächst des westlichen Europa begegnen. Wenn Europa gemeinsam agiere, werde man „einer sowjetischen Expansionspolitik keine Chancen und keine Hoffnungen mehr lassen“<sup>19</sup>. Dann sei eine „Wendung der sowjetischen Politik zum Verzicht auf Angriffe und zur Herbeiführung eines langdauernden Friedens auch um den Preis der Freigabe deutscher und anderer europäischer Gebiete“ möglich<sup>20</sup>. Der Weg zur Wiedervereinigung führte daher für die meisten Liberalen über einen engeren Zusammenschluss Westeuropas. Das drückte Hermann Schäfer sehr anschaulich aus, indem er im Zusammenhang mit dem Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat formulierte:

„Wenn wir nach Straßburg gehen, dann bedeutet das keineswegs eine Verlagerung der Schwerpunkte unserer eigenen deutschen Entwicklung. Gerade in dieser Stunde grüßen wir die Stadt Berlin, grüßen wir die alte Reichshauptstadt, weil wir der Meinung sind, daß der Schritt nach Straßburg nicht eine Verabschiedung, sondern eine bessere Möglichkeit bedeutet, bald ‚Willkommen‘ zu sagen.“<sup>21</sup>

Die FDP unterstützte daher die frühen Zusammenschlüsse wie die EGKS und die EVG nachdrücklich und sah diese auch als Ausgangspunkt für eine Zusammenarbeit, die sich auf weitere wirtschaftliche Bereiche erstrecken könnte. Dadurch würde die europäische Zusammenarbeit auch für die mittel- und osteuropäischen Länder attraktiv.<sup>22</sup> Es ging also einerseits um eine Politik der Stärke gegenüber Moskau und andererseits um eine Magnet-

berger/Dierk Hoffmann (Hrsg.): „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik. München 2014, S. 145–159.

16 Rede August Martin Eulers (FDP) am 11. Januar 1952 (wie Anm. 13), S. 7810. Siehe auch Maximilian Müller-Härlin: Nation und Europa in Parlamentsdebatten zur Europäischen Integration. Identifikationsmuster in Deutschland, Frankreich und Großbritannien nach 1950. Baden-Baden 2008, S. 153.

17 Sitzung des Bundesvorstands am 22./23. Januar 1954. In: FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949–1954. Bearb. von Udo Wengst. 2. Halbband. Düsseldorf 1990, S. 1311–1382, hier S. 1348.

18 Ebd.

19 Rede August Martin Eulers (FDP) am 11. Januar 1952 (wie Anm. 13), S. 7811.

20 Ebd.

21 Rede Hermann Schäfers (FDP) am 13. Juni 1950 (wie Anm. 12), S. 2479.

22 Ebd.

wirkung gegenüber Mitteleuropa.<sup>23</sup> Eine potentielle Wiedervereinigung erschien in dieser Phase den meisten nur als Folge eines engen europäischen Zusammenschlusses möglich, der es der Bundesrepublik als „deutsche[r] Freiheitsbastion“<sup>24</sup> erlauben würde, aus einer starken Position heraus über eine Wiedervereinigung zu verhandeln.

Als positiver Bezugspunkt der deutschen Geschichte erschien in diesem Zusammenhang allerdings weniger das Reich oder die Reichsgründung 1870/71, denn die Gründung des Reiches als Folge des deutsch-französischen Krieges bot für historische Brückenschläge zum Zusammenwachsen Westeuropas keine Anknüpfungspunkte. Statt des deutsch-französischen Antagonismus sollte ja das Potential für eine deutsch-französische Aussöhnung betont werden. Daher riefen die FDP-Redner vor allem Gustav Stresemann mit seiner Locarno-Politik und der damit verbundenen Annäherung an Frankreich in Erinnerung. So verwies Max Becker auf die von Stresemann angestoßene deutsch-französische Aussöhnung und seinen vor dem Völkerbund geäußerten Wunsch, konkrete europäische Gemeinsamkeiten, wie etwa europäische Münzen und Briefmarken, einzuführen.<sup>25</sup> In der Debatte über die EVG appellierte Euler an die Abgeordneten: „Wem der Name Gustav Stresemann gegenwärtig ist, der weiß, was in dieser Stunde seine nationale und europäische Pflicht ist.“<sup>26</sup>

Das in dieser Phase von der FDP postulierte Verhältnis von einem Zusammenwachsen Europas und einer zukünftigen deutschen Wiedervereinigung kann man durchaus als eine für die FDP integrierende Position bezeichnen. Die liberale Partei war zu dieser Zeit ein Sammelbecken für verschiedene politische Richtungen. Sie führte nationalliberale und sozialliberale Positionen aus Kaiserreich und Weimarer Republik zusammen. Einige Landesverbände, insbesondere der nordrhein-westfälische, versuchten zudem, rechte Kreise anzusprechen und die Programmatik der FDP in diesem Sinne zu verändern.<sup>27</sup> Alle diese heterogenen Lager konnten sich jedoch zunächst mit der westeuropäischen Einigung als Bestandteil einer Politik der Stärke gegenüber dem Osten und Voraussetzung für eine Wiedervereinigungspolitik identifizieren.<sup>28</sup> Dieser Konsens zerbrach dann 1954/55.

23 Moring: Europapolitik (wie Anm. 7), S. 132.

24 Rede August Martin Eulers (FDP) am 11. Januar 1952 (wie Anm. 13), S. 7810.

25 Rede Max Beckers (FDP) am 13. Juni 1950 (wie Anm. 11), S. 2493.

26 Rede August Martin Eulers (FDP) am 11. Januar 1952 (wie Anm. 13), S. 7812.

27 Kristian Buchna: Nationale Sammlung an Rhein und Ruhr. Friedrich Middelhaue und die nordrhein-westfälische FDP 1945–1953. München 2010. Siehe hierzu unter anderem das sogenannte „Deutsche Programm“ vom 25. Juli 1952, abgedruckt in: Peter Juling: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim am Glan 1977, S. 120–124.

28 Brauers: Liberale Deutschlandpolitik (wie Anm. 5), S. 50.

### 3. Europäische Integration als Hindernis auf dem Weg zur Wiedervereinigung, 1954/55 bis 1962

Die positive Verknüpfung von europäischer Zusammenarbeit mit dem Ziel der Wiedervereinigung unter dem Konzept einer Politik der Stärke verlor für große Teile der FDP in der Mitte der 1950er Jahre an Plausibilität. Dazu trugen mehrere Ereignisse bei. Ein wichtiger Einschnitt war das unbefriedigende Ergebnis der Viermächteverhandlungen 1954/55 über den Status Deutschlands und einen zukünftigen Friedensvertrag. Die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UdSSR konnten sich auf der Berliner Konferenz Anfang des Jahres 1954 sowie auf der Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955 und der anschließenden Außenministerkonferenz in der Deutschlandfrage nicht annähern.<sup>29</sup> Es erschien daher immer unwahrscheinlicher, dass auf einem Viermächtetreffen der Weg zur Wiedervereinigung ausgehandelt würde. Die Frage der Wiedervereinigung sei damit, so der außenpolitische Referent der FDP-Bundesgeschäftsstelle, Reinhold Schulze, in einer Denkschrift, weitgehend „zu einer innerdeutschen Frage“<sup>30</sup> geworden, welche die Deutschen selbst lösen müssten.

Diese Einschätzung sahen die meisten FDP-Politiker auch durch die Ereignisse an der Saar gestützt. Dort sollte die Bevölkerung über ein Statut abstimmen, das eine „Europäisierung“ des Saarlandes im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU) ermöglicht hätte.<sup>31</sup> Gleichzeitig sollte das Land weiterhin wirtschaftlich eng mit Frankreich verkoppelt bleiben. Bei der Abstimmung über das Saarstatut sprach sich dann am 23. Oktober 1955 eine deutliche Mehrheit gegen das Vorhaben aus. Daraufhin nahmen die Bundesrepublik und Frankreich erneut Verhandlungen auf, um eine Eingliederung des Saarlands in die Bundesrepublik vorzubereiten. Die Liberalen, die das Saar-Statut entschieden bekämpft hatten, zogen aus diesen Ereignissen den Schluss, dass es den Deutschen nicht nur im regional begrenzten Fall möglich sei, selbst über ihr Schicksal zu bestimmen, sondern auch im deutsch-deutschen Kontext. An der Saar habe bereits eine kleine Wiedervereinigung stattgefunden; diese müsse jetzt auch im größeren Maßstab in Angriff genommen werden, so der Tenor.<sup>32</sup>

29 Siehe hierzu unter anderem: Hermann-Josef Rupieper: Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), S. 427–453.

30 Reinhold Schulze: Zur weltpolitischen Lage nach Genf. Vortrag auf der Sitzung des außenpolitischen Ausschusses der FDP in Bonn am 16.11.1955, zitiert nach Jeutter: EWG (wie Anm. 7), S. 92.

31 Zum Gesamtkontext siehe Rainer Hudemann/Raymond Poidevin (Hrsg.): Die Saar 1945–1955/La Sarre 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte/Un problème de l'histoire européenne. 2. Aufl. München 1995.

32 Moring: Europapolitik (wie Anm. 7), S. 219.

Als weiteres wichtiges Ereignis ist das Scheitern der EVG in der französischen Assemblée Nationale zu nennen. Diese hatte am 23. August 1954 eine Abstimmung über die EVG abgesetzt und damit das Ende des militärischen Projekts besiegelt. Somit hatte sich auch der mit der EVG verbundene Plan erledigt, eine die Verteidigungsgemeinschaft überwölbende politische Gemeinschaft zu installieren, in welche die FDP große Hoffnungen gesetzt hatte. Mit dem Scheitern dieser hochfliegenden Europapläne war die weitere Entwicklung der europäischen Integration wieder völlig offen. Die Sechser-Integration schien offensichtlich an ihre Grenzen gekommen zu sein, und die Erwartungen, dass sich aus der sektoralen Integration eine alle Bereiche umfassende europäische Zusammenarbeit entwickeln würde, hatten sich vermeintlich nicht erfüllt.

Unter diesen Vorzeichen veränderten sich die Deutschland- und Europapolitik der FDP und damit auch das Nachdenken über die Rolle der Nationen in Europa. Die Erhaltung einer gemeinsamen deutschen Nation und das Ziel der Wiedervereinigung rückten auf der Prioritätenliste der FDP nunmehr nach ganz oben. Für dieses Ziel wollte man jetzt nicht mehr die Initiativen der vier Siegermächte abwarten, sondern selbst aktiv werden. Diese Sichtweise wurde beispielsweise in der Würzburger EntschlieÙung vom 21. April 1956 deutlich, als die Freien Demokraten „einen deutschen Beitrag zur Wiedervereinigung“<sup>33</sup> forderten und davor warnten, sich nur auf die Siegermächte zu verlassen.

Die Würzburger EntschlieÙung verabschiedete die FDP nach einer Regierungskrise, in deren Verlauf sich die vier FDP-Bundesminister von der Partei abgespalten und die „Demokratische Arbeitsgemeinschaft im Deutschen Bundestag“ (DA) gegründet hatten. Aus ihr bildete sich im April 1956 die Freie Volkspartei (FVP). Durch die Abspaltung hatte die FDP auch prononcierte Vertreter einer Politik der Stärke verloren, wie etwa Franz Blücher, Hermann Schäfer oder August Martin Euler.<sup>34</sup> Das kam kurzfristig Thomas Dehler, dem Vorsitzenden der Gesamtpartei sowie der Bundestagsfraktion, zugute, der sich bereits zuvor als energischer Wortführer in der Außen- und Deutschlandpolitik profiliert hatte.

Von dem Ziel der Wiedervereinigung durch eine aktive Deutschlandpolitik wurde jetzt ganz funktional die zukünftige Europapolitik abgeleitet. Dementsprechend proklamierte das Berliner Programm vom Januar 1957:

„Die friedliche Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den ostdeutschen Gebieten in einem Deutschen Reich mit freiheitlicher Ordnung ist unser oberstes

33 Würzburger EntschlieÙung 1956. In: Juling: Entwicklung (wie Anm. 27), S. 144 f., hier S. 144.

34 Brauers: Deutschlandpolitik (wie Anm. 5), S. 88–92; Moring: Europapolitik (wie Anm. 7), S. 205.

Ziel. Alle innen- und außenpolitischen Anstrengungen müssen in erster Linie der Erreichung dieses Zieles dienen.“<sup>35</sup>

Noch pointierter fiel die Formulierung in dem wenig später erarbeiteten Aktionsprogramm für die im September 1957 anstehenden Bundestagswahlen aus. Dort lautete die Formulierung: „Schafft endlich Deutschlands Einheit! Erst Deutschland – dann Europa.“<sup>36</sup> Entsprechend dieser Fokussierung auf den Nationalstaat sollte die europäische Einigung nicht mehr durch überstaatliche Institutionen mit supranationalen Kompetenzen vollzogen werden, sondern auf der Basis der einzelnen Nationalstaaten und ihrer jeweiligen Identität erfolgen.<sup>37</sup>

Aus ihrem neuen Betrachtungswinkel heraus hielt die FDP einen weiteren Ausbau der Sechser-Gemeinschaft für kontraproduktiv. Diese werde die Spaltung zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie zwischen Ost- und Westeuropa vertiefen und zudem weitere Gräben zwischen dem Sechser-Kern und den skandinavischen Ländern und Großbritannien aufreißen. Dagegen sei es nötig, Gesamteuropa enger zusammenzuführen. Der Pressedienst der FDP, die freie demokratische korrespondenz (fdk), formulierte daher 1957: „Ziel der deutschen Politik muss das ganze Deutschland in einem größeren Europa sein.“<sup>38</sup> Konsequenterweise lehnte die FDP-Bundestagsfraktion, angeführt von ihrem Europaexperten Robert Margulies, im Sommer 1957 den Beitritt der Bundesrepublik zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ab – eine Position, die bei der letztlich überwältigenden Zustimmung im Bundestag nicht ins Gewicht fiel, die FDP aber europapolitisch stark profilierte.<sup>39</sup>

Den 1955/56 vollzogenen Schwenk führte die FDP dann zunächst weiter fort. Die europäische Einigung wurde konsequent aus der Sicht der deutschen Wiedervereinigung beurteilt und das unter der Prämisse, dass nicht nur das Sicherheitsbedürfnis der westlichen Nachbarländer berücksichtigt werden müsse, sondern auch das sowjetische.

Die Grundannahme, die europäische Einigung auf Basis der Nationalstaaten zu vollziehen, ähnelte in gewisser Weise den von Charles de Gaulle

35 Berliner Programm 1957. In: Juling: Entwicklung (wie Anm. 27), S. 145–154, hier S. 154.

36 Aktionsprogramm 1957. In: Ebd., S. 155–158, hier S. 155.

37 Jeutter: EWG (wie Anm. 7), S. 83; Moring: Europapolitik (wie Anm. 7), S. 245.

38 fdk-Sonderausgabe, Nr. 62 vom 26.9.1957, S. 1, zitiert nach Jeutter: EWG (wie Anm. 7), S. 133.

39 Moring: Europapolitik (wie Anm. 7), S. 230–238; Jeutter: EWG (wie Anm. 7), S. 13–16; Winking: Außenpolitik (wie Anm. 7), S. 42–63. Walter Scheel, der die EWG im Grundsatz befürwortete, blieb der Abstimmung wohl fern. Siehe Karl Carstens: Erinnerungen und Erfahrungen. Boppard 1993, S. 221; Hans-Roderich Schneider: Walter Scheel. Handeln und Wirken eines liberalen Politikers. Bonn 1974, S. 126. Winking: Außenpolitik (wie Anm. 7), S. 42, nennt ohne Belege eine Zustimmung Scheels. Die Abstimmung im Bundestag wurde allerdings nicht namentlich protokolliert.

entwickelten Vorstellungen eines „Europas der Vaterländer“, in dem die Zusammenarbeit der Regierungen eine wichtigere Rolle spielen sollte als die vermeintlich technokratischen europäischen Organe.<sup>40</sup> Die FDP unterstützte daher in Teilen auch französische Überlegungen, eine europäische politische Gemeinschaft ins Leben zu rufen, welche die EWG, die EGKS und die EURATOM überwölben<sup>41</sup> und intergouvernemental, also als Zusammenarbeit der Regierungen, angelegt sein sollte. Die Verhandlungen im Kreis der sechs bisherigen Gemeinschaftsmitglieder scheiterten jedoch an den Differenzen über die Zuständigkeit der neuen politischen Gemeinschaft und den Einbezug der Briten.

#### 4. Vom Vorrang des Nationalen zur „bundesrepublikanischen Europapartei“, 1962 bis 1975

Die stark von einer deutschen Vereinigung und einem wiederzuerlangenden deutschen Nationalstaat aus konzipierte Europapolitik geriet in den 1960er Jahren insgesamt in eine Sackgasse. Die Integration trat auf der Stelle und erhielt durch die Dominanz des intergouvernementalen Ansatzes keine neuen Impulse mehr. In dieser Phase versuchten vor allem jüngere Vertreter der FDP, wie etwa Walter Scheel, der Europapolitik eine neue Dynamik zu verleihen.<sup>42</sup> Sie erhofften sich einen stärkeren Ausbau der Europäischen Gemeinschaften auf dem Weg zu einem geeinten Europa, in dem auch die Wiedervereinigung Deutschlands möglich sein sollte. Diese neuen Perspektiven führte Scheel in einem ausführlichen Referat vor dem außenpolitischen Arbeitskreis der FDP während des Düsseldorfer Bundesparteitags im Mai 1962 näher aus.<sup>43</sup> Er verdeutlichte, dass für ihn Europapolitik weder dem Aufbau einer machtpolitisch starken Position gegenüber der Sowjetunion und Ost-europa dienen sollte, wie noch zu Beginn der 1950er Jahre, noch als zweit-

40 Zur Europapolitik de Gaulles siehe u.a. Wilfried Loth: Charles de Gaulle. Stuttgart 2015, S. 223–248. Allerdings teilten die Liberalen nicht den gegen die angelsächsischen Mächte gerichteten Impetus der de Gaulle'schen Europakonzeption. Zur Attraktivität des Konzepts eines „Europas der Vaterländer“ für die FDP siehe u.a. die Aufzeichnung Wolfgang Schollwers zur FDP Anfang der 1960er Jahre: Wolfgang Schollwer: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961–1966. München 1994, S. 193, 212.

41 Moring: Europapolitik (wie Anm. 7), S. 269–273.

42 Scheel verfügte über umfangreiche Erfahrungen in der Europapolitik, da er parallel zu seiner Tätigkeit im Bundestag von 1956 bis 1961 der Europäischen Versammlung, dem Vorläufer des Europaparlaments, angehört hatte. Siehe Knut Bergmann: Der Unterschätzte – eine biographische Annäherung. In: Ders. (Hrsg.): Walter Scheel. Unerhörte Reden. Berlin 2021, S. 11–45, hier S. 19.

43 Walter Scheel: Deutschland und Europa. Rede und Diskussion vor dem Arbeitskreis I auf dem Bundesparteitag der FDP in Düsseldorf vom 23. bis 25. Mai 1962, ADL, FDP-Bundesparteitage, A1–197, S. 3–66.

rangig gegenüber dem Ziel der deutschen Wiedervereinigung anzusehen sei. Stattdessen hob Scheel die bisherige Prioritätensetzung zwischen Wiedervereinigung und europäischer Integration auf, indem er betonte: „Eine dynamische Europa-Politik und eine langfristige Wiedervereinigungspolitik sind nicht nur aufeinander abzustimmen, sie bedingen einander.“<sup>44</sup> Zudem deutete Scheel an, was in den nächsten Jahren durch ihn und seine Mitstreiter weiter ausformuliert werden sollte: die konzeptionelle Einordnung der Europapolitik in die Entspannungspolitik. Für Scheel war klar: „Nur die Bildung eines größeren Europa gibt uns die Möglichkeit, die gesamtdeutschen mit den gesamteuropäischen Belangen in Einklang zu bringen.“<sup>45</sup> Das neue, in den folgenden Jahren weiter verfeinerte Konzept sah also einen parallelen Ausbau der europäischen Integration und der Ost-West-Beziehungen vor, an dessen Ende die Wiedervereinigung im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung möglich sein sollte.

Zwischen Mitte und Ende der 1960er Jahre fand auf diese Weise ein fundamentaler Wandel in der Sichtweise auf Wiedervereinigung und europäische Integration in der FDP statt.<sup>46</sup> Das Leitbild des deutschen Nationalstaats klassischer Prägung in den Grenzen von 1937 hatte ausgedient. Die Fixierung auf die Staatsgrenzen löste sich langsam auf; stattdessen forderte die FDP in dieser Phase vor allem, mithilfe der Deutschlandpolitik in kleinen Schritten das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Ost- und Westdeutschland zu fördern. Damit entfielen aber auch die Bezüge auf das Deutsche Reich, das zuvor immer wieder als Anknüpfungspunkt fungiert hatte. Bei Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher oder Hildegard Hamm-Brücher tauchte es als Bezugspunkt nicht mehr auf. Das neue Europakonzept war nicht an einem Ideal aus der Vergangenheit orientiert, sondern im Wissen um die deutsche Geschichte auf die Zukunft bezogen. Beispielhaft seien hier die Worte Walter Scheels angeführt, der am 29. Januar 1968, auf dem Parteitag in Freiburg, auf dem er zum neuen FDP-Vorsitzenden gewählt wurde, für seine Sichtweise auf das deutsch-deutsche Verhältnis und die europäische Einigung warb:

„Die Entwicklung geht über die Möglichkeiten von Nationalstaaten unseres europäischen Kalibers hinaus. Die Zukunft kann nur in der politischen Integration Europas liegen. Die Teilung überwinden, das wäre also nicht als ein isolierter Prozeß zwischen Deutschland West und Deutschland Ost zu sehen, sondern als ein Teil des Prozesses, die Teilung Europas überhaupt zu überwinden. [...] Vereinigung der Deutschen? Ja! Jetzt und sofort: durch die Einleitung einer Kooperation mit dem Ziel, Europa handlungsfähig, die innereuropäischen Grenzen

44 Ebd., S. 17.

45 Ebd., S. 16.

46 Moring: Europa (wie Anm. 7), S. 267–344.

bedeutungslos zu machen, so bedeutungslos, wie die Grenzen zwischen den EWG-Ländern schon heute sind.“<sup>47</sup>

Mit diesen Überlegungen lag die FDP auf einer Linie mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), so dass die beiden Parteien mit der Regierungsübernahme im Oktober 1969 in ihrer Deutschland- und Europa-politik gut harmonierten. Die sozialliberale Koalition trieb dann Anfang der 1970er Jahre die Annäherung an die Sowjetunion, die osteuropäischen Länder und die DDR parallel mit dem Ausbau der europäischen Integration voran, etwa durch die Erweiterung der EG um Großbritannien, Irland und Dänemark. Die europäische Integration bot somit einerseits eine sichere Basis, auf der man die ost- und deutschlandpolitischen Initiativen lancieren konnte und diente andererseits dazu, den anderen westeuropäischen Ländern Verlässlichkeit zu signalisieren. Gleichzeitig wurde mit der am 1. August 1975 im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von Hans-Dietrich Genscher unterzeichneten Schlussakte von Helsinki ein Prozess eingeleitet, der langfristig auf die Etablierung einer gesamteuropäischen Friedensordnung abzielte.<sup>48</sup>

Um die Wiedervereinigung offenzuhalten, verwies die FDP und mit ihr die Bundesregierung immer wieder auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen. Das betonte die Bundesregierung beispielsweise im Brief zur deutschen Einheit, den Außenminister Walter Scheel der sowjetischen Regierung im Zusammenhang mit dem Moskauer Vertrag 1970 übergab.<sup>49</sup> Auch in der KSZE-Schlussakte von 1975 konnte die Bundesregierung einen entsprechenden Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verankern.<sup>50</sup>

Dass dieses Streben nach einer Einheit Deutschlands nicht im restaurativen Sinne gemeint sei, betonte Bundespräsident Scheel in einer seiner berühmtesten Reden zum Tag der deutschen Einheit am 17. Juni 1978 im

47 Rede Walter Scheels beim Bundesparteitag der FDP in Freiburg am 29. Januar 1968. In: Bergmann: Scheel (wie Anm. 42), S. 69–83, hier S. 81–83.

48 Zur westdeutschen KSZE-Politik siehe Petri Hakkarainen: *A State of Peace in Europe. West Germany and the CSCE, 1966–1975*. New York/Oxford 2011; Matthias Peter: *Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess. Die Umkehrung der Diplomatie*. München/Boston 2015. Zum Gesamtkontext siehe Wilfried Loth: *Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung*. München 1998.

49 Brief zur deutschen Einheit. In: *Auswärtiges Amt (Hrsg.): Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994*. Köln 1995, S. 338. Siehe hierzu u.a. Andreas Vogtmeier: *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Wiedervereinigung*. Bonn 1996, S. 133–137.

50 Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 1. August 1975 in Helsinki (Auszüge). In: *Auswärtiges Amt: Außenpolitik (wie Anm. 49)*, S. 417–423.

Bundestag. In dieser „Lehrstunde an historisch-politischer Bildung“<sup>51</sup> ließ Scheel die deutsche Geschichte Revue passieren und kam zu dem Fazit: „Unser Streben nach Einheit ist keine verstaubte, nach rückwärts gewandte Reichsromantik – die Einheit ist ein in die Zukunft gerichtetes europäisches Friedensziel.“<sup>52</sup>

Mit den Themen Entspannung und gesamteuropäische Friedensordnung waren die Koordinaten für das Verhältnis von Europa und deutscher Wiedervereinigung bis zum Ende der 1980er Jahre gesetzt – ein Zeitraum, in dem die FDP versuchte, zur „bundesdeutschen Europapartei schlechthin“ zu werden<sup>53</sup>. Die Liberalen betonten in ihren Reden und Programmen den engen Zusammenhang von europäischer Integration, Annäherung zwischen Ost- und Westeuropa sowie der Wiedervereinigung.<sup>54</sup> Jeder Schritt, der die europäische Integration voranbringe, diene auch dem Zusammenwachsen Gesamteuropas, denn dadurch werde die EG attraktiver und werde eine gewisse Anziehungskraft auf die osteuropäischen Staaten ausüben. Durch diese Argumentation wurde es zunehmend obsolet, jede Ausweitung der europäischen Zusammenarbeit auf ihre Wirkung im Hinblick auf eine potenzielle Wiedervereinigung zu überprüfen, wie es noch in den 1950er und 1960er Jahren geschehen war.

Die Europapolitik entwickelte in diesen Jahren eine Eigendynamik und entkoppelte sich zunehmend von den die Deutschlandpolitik betreffenden Fragen. Das zeigt sich deutlich bei den europapolitischen Programmen der FDP seit den 1970er Jahren und insbesondere seit der Einführung der Direktwahlen zum Europaparlament 1979, bei denen die FDP als Teil der Europäischen Liberalen und Demokraten (ELD) antrat.<sup>55</sup> Die Programme der Liberalen zielten auf zentrale europäische Themen wie etwa die Reform der Agrarpolitik oder die Demokratisierung der Gemeinschaftsstrukturen durch eine Stärkung des Europäischen Parlaments. Unter dem Schlagwort eines „Europas der Bürger“ ging es um eine Ausweitung individueller

51 Gundula Heinen: Von der Einheit Deutschlands. In: Bergmann: Scheel (wie Anm. 42), S. 277–279, hier S. 279.

52 Walter Scheel: Rede vor dem Deutschen Bundestag in Bonn am 17. Juni 1978. In: Ebd., S. 281–291, hier S. 288.

53 Agnes von Bresselau zu Bressensdorf: Liberale Europapolitik? Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und der Weg zur Einheitlichen Europäischen Akte (1981–1986). In: Kerstin Brauckhoff/Irmgard Schwaetzer (Hrsg.): Hans-Dietrich Genschers Außenpolitik. Wiesbaden 2015, S. 173–191, hier S. 180.

54 Siehe beispielsweise die „Perspektiven liberaler Europapolitik 1975“. In: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.): Liberale Europapolitik. Dokumentation. Sankt Augustin 1988, S. 157.

55 Guido Thiemyer: Zwischen Kooperation und Konkurrenz. Die transnationale Zusammenarbeit liberaler Parteien in Europa. In: Jürgen Mittag (Hrsg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa. Essen 2006, S. 313–332.

Rechte in der EG.<sup>56</sup> Für die konkrete Europapolitik war das Thema der deutschen Einheit nicht mehr relevant. Interessanterweise klappten dadurch die programmatischen Aussagen der FDP zur Deutschlandpolitik einerseits und zur Europapolitik andererseits immer weiter auseinander. Während in den deutschlandpolitischen Stellungnahmen und Papieren regelmäßig auf die Bedeutung des Zusammenwachsens Europas für die deutsch-deutsche Annäherung verwiesen wurde, waren solche Hinweise in den europapolitischen Stellungnahmen kaum noch zu finden. Das wurde intern auch durchaus so wahrgenommen, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen.<sup>57</sup>

## 5. Die deutsche Einheit im europäischen Kontext 1989/90

Das verbriefte Selbstbestimmungsrecht der Deutschen und die Einbindung der Bundesrepublik in die europäische Integration standen als wichtiger Rahmen für den Weg zur deutschen Einheit 1989/90 zur Verfügung. Die Entwicklungen hin zur deutschen Einheit fungierten als eine Art Katalysator für den europäischen Integrationsprozess. Viele Reformen, die seit Mitte der 1980er Jahre auf den Weg gebracht worden waren, wurden durch die Dynamik der Wiedervereinigung beschleunigt, wie etwa die Wirtschafts- und Währungsunion, die schließlich 1992 durch den Vertrag von Maastricht verwirklicht wurde.<sup>58</sup> Gleichzeitig stärkte das Engagement der Bundesrepublik auf dem Feld der europäischen Integration das Vertrauen der meisten westlichen Partner in die Deutschlandpolitik der Bundesregierung.<sup>59</sup>

Die FDP schien allerdings im Prozess der Wiedervereinigung den gesamteuropäischen Kontext stärker zu gewichten, als es die CDU tat. Die Liberalen und ihr erfahrener Außenminister Genscher wollten vor allem die KSZE ausbauen und umfassender institutionalisieren.<sup>60</sup> Mit ihrer Hilfe sollte

56 Siehe die Zusammenstellung programmatischer Aussagen der FDP zur Europapolitik in: Friedrich-Naumann-Stiftung: Liberale Europapolitik (wie Anm. 54).

57 Jürgen-Bernd Runge: Vorlage zur fünften Sitzung des Bundesfachausschusses I am 19./20.5.1978, betr.: Zukünftige Aufgabenstellung der Unterausschüsse Ost- und Deutschlandpolitik (ODP) sowie Westeuropäische und atlantische Beziehungen (WEPAB), Bonn, 12.5.1978, ADL, Bundesfachausschuss Außen-, Deutschland- und Europapolitik, A44–31, S. 27–32.

58 Wilfried Loth: Helmut Kohl und die Währungsunion. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61 (2013), S. 455–480. Auf die Bedeutung von europapolitischen Pfadabhängigkeiten in diesem Kontext verweist Victor Jaeschke: Die FDP, Europa und das Ende des Ost-West-Konflikts 1987–1992. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 33 (2021), S. 117–138.

59 Siehe zum Gesamtzusammenhang Michael Gehler/Maximilian Graf (Hrsg.): Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen. Göttingen 2017.

60 Beschluss der Liberalen zur Deutschlandpolitik, Bundeshauptausschuss, Celle, 2.12.1989, ADL, Nachlass Wolfgang Mischnick, A41–136. Zu Genschers Politik 1990/91 siehe

eine europäische Friedensordnung etabliert werden, die geographisch bis zum Ural reichen sollte, also auch die Sowjetunion mit einbeziehen würde. Hier unterschätzte Genscher die Ängste in Mittelosteuropa vor der Sowjetunion und das große Interesse der USA, aber auch des Koalitionspartners CDU/CSU an einer starken Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft (NATO) als zentraler Sicherheitsorganisation für Europa.<sup>61</sup> Die Transformation der KSZE und die Implementierung ihrer Prinzipien kamen daher, trotz der mit großen Hoffnungen am 21. November 1990 verabschiedeten Charta von Paris, nur teilweise voran.<sup>62</sup>

Für den 1989/90 eingeschlagenen Weg zur deutschen Einheit spielten Traditionen des Kaiserreichs keine Rolle mehr. Sie wurden nur noch als Mahnung herangezogen, um vor der Rückkehr eines übersteigerten Nationalismus zu warnen. Die Liberalen hoben vor allem hervor, dass dieses Mal Einheit und Freiheit gemeinsam erreicht worden seien. Beispielhaft seien hier die Worte des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick aus der zweiten Lesung des Einigungsvertrags im Bundestag angeführt, der, ohne es anzumerken, Scheels Rede von 1978 ausführlich zitierte:

„Der Gedanke der Einheit Deutschlands wurde untrennbar mit dem Gedanken der Freiheit verbunden, nicht mit dem Gedanken der Macht, der Herrschaft, des eingebildeten Rechts, über andere Völker zu bestimmen. Unser Streben nach Einheit war und ist keine verstaubte, nach rückwärts gewandte Reichsromantik, sondern ein in die Zukunft gerichtetes gemeinsames europäisches Friedensziel.“<sup>63</sup>

Mischnick hielt daher auch deutlich fest: „Die europäische Einigung behält für unsere Politik den gleichen Rang wie die deutsche Einigung.“<sup>64</sup>

u.a. Tim Geiger: Die deutsche Einheit als Beitrag zu einem System gesamteuropäischer Sicherheit. Hans-Dietrich Genschers Handschrift im Prozess der deutschen Einigung 1989/90. Teil 1. In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 33 (2021), S. 139–167.

61 Gerhard A. Ritter: Deutschland und Europa. Grundzüge der Außenpolitik Genschers 1989 bis 1992. In: Brauckhoff/Schwaetzer: *Genschers Außenpolitik* (wie Anm. 53), S. 209–241, hier: S. 237.

62 Andreas Wirsching: Die Charta von Paris, die Vision einer liberalen Weltordnung und die deutsche Außenpolitik 1990–1998. In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 33 (2021), S. 169–189.

63 Rede Wolfgang Mischnicks (FDP) am 20. September 1990, Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, 226. Sitzung, S. 17826. <https://dserver.bundestag.de/btp/11/11226.pdf> (17.2.2022).

64 Ebd.

## 6. Fazit

Nach 1945 verstanden sich die Liberalen unter Rückgriff auf die Geschichte des Liberalismus im 19. Jahrhundert als „Gralshüter“ der Einheitsidee. Aufgrund der außenpolitischen Gesamtlage war diese jedoch eng mit den Entwicklungen in Europa verknüpft, so dass sich die Liberalen über das Verhältnis von deutscher Einheit und europäischer Einigung immer wieder (neu) verständigen mussten. Dabei wandelte sich die Sicht der FDP als Partei des politischen Liberalismus zwischen 1949 und 1990 mehrmals. Zunächst standen die enge Einbindung in das westliche Bündnis und der Aufbau einer europäischen Zusammenarbeit im Vordergrund. Sie sollten eine Position der Stärke ermöglichen, welche die meisten Liberalen als Basis für den Wiedervereinigungsprozess ansahen. Diese Position geriet durch die europäischen und deutschen Entwicklungen Mitte der 1950er Jahre unter Druck. Daraufhin setzte sich in der FDP eine deutlich nationalere Sichtweise auf das Verhältnis von Wiedervereinigung und europäischer Zusammenarbeit durch. Zentral war die Wiedervereinigung Deutschlands in den Grenzen von 1937, die man u.a. durch ein Eingehen auf die sowjetischen Sicherheitsbedürfnisse erreichen wollte. Daher erschien ein weiterer supranationaler Ausbau der westeuropäischen Integration als hinderlich für eine zukünftige Wiedervereinigung.

Seit Mitte der 1960er Jahre verdrängten dann jüngere Politikerinnen und Politiker die alten, nationalliberal geprägten Führungsfiguren und damit auch die argumentativen Bezüge auf das Reich oder eine Einheit des deutschen Reiches. Sie verbanden stattdessen eine auf Ausgleich mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten bedachte Politik mit einem Ausbau der europäischen Integration im Westen. Sie sahen eine Entspannung mit dem Osten nur auf der Basis einer starken Verankerung der Bundesrepublik in den europäischen Gemeinschaften als möglich an und begrüßten aus dieser Perspektive jeden Fortschritt der europäischen Integration. Damit entfiel auch die ständige Überprüfung europäischer Integrationschritte im Hinblick auf ihre deutschlandpolitische Wirkung, wie es noch in den 1950er und 1960er Jahren üblich gewesen war.

Langfristig sollten der Ausbau der westeuropäischen Zusammenarbeit und die zunehmende Kooperation zwischen Ost und West in eine gesamteuropäische Friedensordnung münden, in der auch die Wiedervereinigung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker vollzogen werden könnte. Damit stand ein Argumentationsreservoir bereit, aus dem man 1989/1990 schöpfen konnte. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik schien dann sowohl die Einheit als auch die Freiheit verwirklicht. So war aus Sicht der Liberalen nicht das Deutsche Reich von 1871 zurückgekehrt, sondern eine neue Friedensmacht in Europa entstanden.